

Thema des Monats

Leitbild BAU vorgestellt

(brb).-Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat kürzlich das „Leitbild BAU“, das Bestandteil der Koalitionsvereinbarung war, vorgestellt.



Tiefensee dazu wörtlich: „Wir werden die Bauwirtschaft dabei begleiten, ein Leitbild Bauwirtschaft als Gesamtrahmen für eine moderne Baupolitik zu entwickeln, die mit Innovation und Qualität Investitionen und Arbeitsplätze sichert.

Ich freue mich, dass die Verbände der Wertschöpfungskette Bau die Chance, die ihnen die Koalitionsvereinbarung eröffnet hat, genutzt und sich engagiert an der Leitbild-Erarbeitung beteiligt haben. Die Bundesregierung hat diesen Prozess gerne unterstützt, denn wir sind uns der großen Bedeutung des Planens und

Bauens für die ökonomische, ökologische und soziale Zukunft unserer Gesellschaft sehr bewusst. Mit dem jetzt vorliegenden Leitbild ergibt sich erstmalig eine gesamte Wertschöpfungskette, die 11 Prozent zur Produktion in Deutschland beiträgt und 12 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf sich vereinigt, eine gemeinsame strategische Vision und verpflichtet sich, diese Vision mit Leben zu erfüllen.

Bauwirtschaft und planende Berufe präsentieren sich mit diesem Leitbild als eine der gesamtwirtschaftlich bedeutendsten und gleichzeitig vielfältigsten Branchen in Deutschland mit klarer Qualitätsorientierung, Bereitschaft zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit und große Innovationspotenzialen.“

(siehe auch Seite 4)

Konjunkturpaket II Niedersächsische Kommunen nutzen neues Vergaberecht nur unzureichend

(brb).-Um Bauinvestitionen der öffentlichen Hand zu beschleunigen und damit der Wirtschaftskrise entgegenzusteuern hatte die Niedersächsische Landesregierung zu Beginn des Jahres 2009 eine Regelung des Bundes übernommen, wonach bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge beschränkte Ausschreibungen ohne öffentlichen Teilnahmewettbewerb bis zu einem Auftragswert von 1 Million Euro und freiwillige Vergaben bis zu einem Auftragswert von 100.000 Euro ohne weitere Begründung zulässig sind. Diese Regelung wurde vom Land Niedersachsen den Kommunen zur Anwendung empfohlen.

Wie eine Umfrage des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen bei seinen Mitgliedsunternehmen ergeben hat, werden diese Instrumente von den niedersächsischen Kommunen bislang nicht im erwünschten Maße genutzt. Über 80 Prozent der befragten Unter-

nehmen der Bauindustrie gaben an, dass die Städte und Gemeinden ihre Bauaufträge weiterhin im Wege des zeitaufwendigeren Instruments der öffentlichen Ausschreibung vergeben. Erschwerend kommt als weiteres Ergebnis der Umfrage hinzu, dass die niedersächsischen Kommunen die Ende 2008 spürbare deutliche Investitionszurückhaltung bislang nicht aufgegeben haben. Fast 90 Prozent der befragten Mitgliedsunternehmen gaben an, dass sich gegenüber der Situation Ende des Jahres 2008 bislang keine Änderungen ergeben hat. Der Bauindustrieverband hat daher noch einmal an die zuständigen Ministerien des Landes appelliert, dafür zu sorgen, dass die Vergabe der Fördergelder im Rahmen des Konjunkturpaketes II an die Kommunen beschleunigt wird und die Städte und Gemeinden noch einmal aufgefordert werden, die neuen Instrumente des Vergaberechts in der Praxis auch anzuwenden.

Überblick

1 Thema des Monats:

Leitbild BAU vorgestellt

Konjunkturpaket II

Niedersächsische Kommunen nutzen neues Vergaberecht nur unzureichend

2 Kommentar:

Konjunkturpaket II:

Die Zahlen für Niedersachsen

Studienanfänger Bauingenieurwesen:
Anstieg

Fortschritt braucht Zeit

3 Forum Nord:

Konjunktur im Straßenbau springt
nur zögerlich an

Interview mit Hartmut Möllring,
Niedersächsischer Finanzminister

4 Trends und Märkte:

Leitbild BAU im Überblick

Städte- und Gemeindebund drängt auf
schnellere Breitbandversorgung

Impressum



Nachrichten und Kommentar:

Konjunkturpaket II: Die Zahlen für Niedersachsen	Landkreise, Region und kreisfreie Städte	Investitionspauschale in Euro	Eigenanteil in Euro	Budget in Euro
(brb).-Der Niedersächsische Landtag hat das Nachtragshaushaltsgesetz 2009 zur Umsetzung des Konjunkturpakets II beschlossen. Mit diesem Gesetz werden für die Gemeinden, Kreise und Städte in Niedersachsen die konkreten Beträge und der jeweilige Eigenanteil festgesetzt. Damit ergeben sich folgende Zahlen.	Landkreis Aurich	5.598.432	1.639.729	7.238.160
	Stadt Aurich	1.141.115	380.372	1.521.487
	Stadt Braunschweig	6.304.627	2.101.542	8.406.170
	Region Hannover	29.647.528	9.882.509	39.530.037
	Landeshauptstadt Hannover	14.516.714	4.838.905	19.355.618
	Landkreis Hildesheim	8.148.371	2.408.013	10.556.384
	Stadt Hildesheim	2.896.071	965.357	3.861.428
	Landkreis Lüneburg	5.761.191	997.353	6.758.544
	Hansestadt Lüneburg	2.020.957	673.652	2.694.609
	Landkreis Oldenburg	3.689.004	1.229.668	4.918.672
	Stadt Oldenburg	4.069.056	1.356.352	5.425.408
	Landkreis Osnabrück	10.219.617	3.257.449	13.477.066
	Stadt Osnabrück	4.192.581	1.397.527	5.590.109

**Studienanfänger Bauingenieurwesen:
Anstieg**

(brb).-Nach Erhebungen der Deutschen Bauindustrie zur Studierendenstatistik Bauingenieurwesen (Ausgabe 2008/2009) ist die Zahl der Studienanfänger in den Studiengängen Bauingenieurwesen im Sommersemester 2008 und Wintersemester 2008/2009 deutlich angestiegen (Werte des Vergleichszeitraums 2007/2008 in Klammern):

- 7.529 Personen haben ein Erststudium Bauingenieurwesen aufgenommen (6.487).
- Von diesen Studienanfängern haben sich 1.027 in ein Diplomstudium eingeschrieben (1.326), 6.502 in ein Bachelorstudium (4.676).
- 3.380 Personen haben einen Studienabschluss Bauingenieurwesen erreicht (3.319).
- Von diesen Absolventen erhielten 2.745 ein Diplom (2.872), 402 einen Bachelorabschluss (211) und 233 einen Masterabschluss (236).
- 356 Personen haben ein Duales Studium Bauingenieurwesen aufgenommen.
- 556 Personen haben ein Masterstudium Bauingenieurwesen aufgenommen (485).
- Von den Fakultäten/Fachbereichen Bauingenieurwesen werden weitere Studiengänge jenseits des klassischen Bauingenieurwesens angeboten. Hier verteilen sich die Studienanfänger in Erststudiengängen (d.h. ohne Master) wie folgt: 788 Personen in Umweltstudiengängen, 412 Personen Wirtschaftsingenieurwesen Schwerpunkt Bau, 730 Personen sonstige baunahe Studiengänge.

Die vollständig überarbeitete und erweiterte Studierendenstatistik Bauingenieurwesen erscheint in diesem Monat. Die wichtigsten Daten werden im Internet unter www.bauindustrie.de (Bereich Service, Downloads) veröffentlicht.

Bezogen auf alle Studiengänge hat das Statistische Bundesamt im Sommersemester 2008 und Wintersemester 2008/2009 386.000 Studienanfänger (davon 192.000 Frauen) gezählt, ein Plus von 2,4 Prozent gegenüber dem bisher absoluten Höchststand des Jahres 2003. Die Studienanfängerquote lag damit bei 39,3 Prozent.

Fortschritt braucht Zeit

(brb).-Das Land Niedersachsen freundet sich offensichtlich mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften an. Finanzminister Hartmut Möllring hat das gerade deutlich zu erkennen gegeben. Mehr noch: Er schließt sogar ÖPP nicht länger als Normalfall aus, sofern sich diese Beschaffungsart aus Sicht des Landes als wirtschaftlich erweist. Diese vermeintliche Einschränkung ist eine bloße Selbstverständlichkeit.

Zunächst geht es um immerhin 250 Millionen Euro, welche das Land Niedersachsen in Vorhaben stecken will, die von der Finanzierung und der Planung bis hin zum Bau und zum späterem Betrieb in Öffentlich-Privater Partnerschaft verwirklicht werden sollen. Nach gründlicher Prüfung hält die Landesregierung den überfälligen Neubau des Landeskriminalamts in Hannover und die nicht minder dringliche Errichtung der Justizvollzugsanstalt in Bremervörde bereits als ÖPP-Projekt für durchaus geeignet. Und für das geplante Fachgerichtszentrum sowie zwei Hochschulgebäude werden in der Landesregierung die konkreten Nachweise für eine solche Eignung vorbereitet, nachdem sich im Laufe des Verfahrens durchaus positive Erwartungen ergeben haben, wie der Finanzminister versichert.

Fortschritt braucht nun einmal Zeit und kommt anfangs lediglich millimeterweise voran. In Niedersachsen ist das ÖPP-Prinzip, welches eigentlich nur noch in über-



kommenen kameralistischen Kategorien denkende Haushälter beargwöhnen, mittlerweile auf einem guten Weg. Vielleicht lässt Finanzminister Möllring in seinem Haus sogar schon überlegen, ob das eine oder andere Vorhaben aus dem dicken Konjunkturpaket nicht in Öffentlich-Privater Partnerschaft umzusetzen ist. Weil das unzweifelhaft sinnvoll wäre, sollte es auch möglich sein.

Konjunktur im Straßenbau springt nur zögerlich an

(brb).-Infolge der Konjunkturpakete I und II sowie Mautmehreinnahmen stehen für die Bundesfernstraßen im laufenden Haushaltsjahr 6,3 Milliarden Euro Investitionsmittel zur Verfügung. Das ist gegenüber dem Ist 2008 (5,1 Milliarden Euro) eine Steigerung um 23 Prozent. Dieses Bauvolumen wollen die Unternehmen gern zügig und qualitätsgerecht umsetzen.

Doch wie sieht die Realität bei Ausschreibungen und Vergaben aus? Die Statistik hilft hier noch nicht weiter. Diese weist bei den Auftragsengängen im Straßenbau für Januar 2009 einen Rückgang von 20,4 Prozent zum Vorjahreszeitraum aus. In Gesprächen mit Unternehmern wird berichtet, dass eine verstärkte Ausschreibungstätigkeit vermisst wird. Das so verbal gezeichnete Bild zum Vergleichszeitraum 2008 reicht von „geringfügig höher“ bis „weniger“. Für „weniger“ wird als Begründung der Vergabestellen angeführt „man beschäftige sich intensiv mit der Vorbereitung der Ausschreibungen für Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen I und II und habe somit kaum Zeit, Maßnahmen aus den normalen Haushaltsmitteln zu vergeben“.

Diese Aussage mag etwas überzeichnet anmuten und gilt sicher nur im Einzelfall. Insgesamt müssen wir jedoch mit der zu geringen Ausschreibungstätigkeit im Bundesfernstraßenbau sehr unzufrieden sein.

Das Wirtschaftlichkeitskriterium steht im Vordergrund

(brb).-Im Gespräch mit Hartmut Möllring, Niedersächsischer Finanzminister

Baurundblick: Das Arbeitsprogramm des Landes Niedersachsen auf dem Gebiet der Öffentlich-Privaten Partnerschaften umfasst nach unseren Informationen u.a. das Modellvorhaben JVA Bremervörde, den Neubau zur Unterbringung des Landeskriminalamtes Niedersachsen sowie drei weitere Projekte aus dem Bereich des Hochschulbaus bzw. der Gerichtsbarkeit. Handelt es sich hierbei um vollständige ÖPP-Projekte, die Finanzieren, Planen, Bauen und Betrieb umfassen, oder sollen nur Teilbereiche umgesetzt werden?

Hartmut Möllring: Das Arbeitsprogramm umfasst „echte“ ÖPP Projekte, die alle die von Ihnen benannten vier Lebenszyklusphasen beinhalten. Von ÖPP-, „light“-Vorhaben, die in der Regel nur auf die Vergabe der Leistungen Planen, Bauen, Finanzieren abzielen, versprechen wir uns keine signifikanten Effizienzvorteile.

Baurundblick: Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Vergaberechts wurde die Vorschrift des § 97 Abs. 3 GWB die die Aufteilung von Aufträgen in Fach- und Teillose regelt, geändert. Liegt in dieser Änderung nach Ansicht des Niedersächsischen Finanzministeriums für den Bereich des staatlichen Hochbaus eine grundlegende Änderung oder nur eine Modifikation der bisherigen Regelungen, die nicht zu einer Abkehr von den bisherigen Vergabepraktiken führen wird?

Hartmut Möllring: Die von Ihnen angesprochene Änderung des § 97 Abs. 3 GWB bezieht sich auf die Möglichkeit der Zusammenfassung von Teil- oder Fachlosen für eine gemeinsame Vergabe. Bereits nach der alten Fassung des Gesetzes war im Einzelfall zu prüfen, ob eine Zusammenfassung von Losen zulässig war. Diese Einzelfallprüfung ist auch nach der neuen Fassung des GWB erforderlich, so dass sich konkrete Konsequenzen erst in der Vergabepaxis beurteilen lassen.

Baurundblick: Minister Möllring, Sie haben vor kurzem auf dem Kongress „Public Infrastructure“ im Rahmen der CeBit in Hannover eine viel beachtete Rede zu den veränderten Rahmenbedingungen und Chancen

der Öffentlich Privaten Partnerschaften im Jahre 2009 gehalten. Sie haben insbesondere auf die verschlechterten Finanzierungsbedingungen hingewiesen. Wie werden sich diese auf die ÖPP-Projekte auswirken?



Hartmut Möllring: Das lässt sich pauschal nicht sagen. Letztlich handelt es sich bei jeder Finanzierung um eine individuelle Konstruktion zwischen den Kreditnehmern und den finanzierenden

Banken, die sehr stark von den projektbezogenen Rahmenbedingungen abhängt, und sich somit einer pauschalen Bewertung entzieht. Aus meiner Sicht ist aber folgende Tendenz erkennbar: Für seriös kalkulierte Projekte, die angemessene Kosten und realistische Ertragsersparungen zugrunde legen, wird es weiterhin Finanzierungskonditionen geben, die eine wirtschaftliche Realisierung in Öffentlich Privater Partnerschaft ermöglichen.

Baurundblick: Die niedersächsische Landesregierung hat am 23.02.2009 einen programmatischen Beschluss zum nachhaltigen Immobilienmanagement gefasst, der auf dem Gebiet der Öffentlich-Privaten Partnerschaften ein Bauinvestitionsvolumen von rund 250 Millionen Euro vorsieht. Für welche Projekte ist die Machbarkeit nachgewiesen? In welchem Bereich kommen Projekte für die Realisierung als ÖPP-Modelle in Betracht?

Hartmut Möllring: In dem von Ihnen zitierten Arbeitsprogramm haben wir den Begriff „Machbarkeit“ nicht verwendet, weil er aus unserer Sicht über den Prognosecharakter hinwegtäuschen könnte. Die Machbarkeit zeigt sich im Prozess. Wir haben stattdessen die Eignung untersucht und dabei nachgewiesen, dass die JVA Bremervörde und das LKA Niedersachsen für eine Realisierung in ÖPP geeignet sind. Für ein Fachgerichtszentrum und zwei Hochschulgebäude haben wir positive Erwartungen, der konkrete Nachweis der Eignung wird derzeit vorbereitet.

Baurundblick: Sie sehen eine Marktbereitigung bei den Öffentlich-Privaten-Partnerschaften. Kann diese Beschaffungsvariante gleichwohl zum Normalfall werden?

Hartmut Möllring: Nur dann, wenn sie aus Sicht des Landes wirtschaftlich ist.



Trends und Märkte

Leitbild BAU im Überblick

(brb).-Die Wertschöpfungskette Bau ist eine der wichtigsten Wirtschaftsbranchen und ein Zukunftsmotor. Eine sich weiter entwickelnde Gesellschaft, die Umsetzung von Innovationen und eine Erhöhung des Wohlstands finden ihren materiellen Ausdruck immer in gebauter Umwelt. Fortschritt kann man sehen, er wird geplant und gebaut.

Das Leitbild für die Wertschöpfungskette BAU ist die Vision einer zukunftsorientierten Branche.

Die Akteure des Leitbildes BAU sind die nachfolgenden Vereinigungen:

- Bundesarchitektenkammer
- Bundesingenieurkammer
- Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden
- Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen
- GEFMA Deutscher Verband für Facility Management
- Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
- Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt
- Verband Beratender Ingenieure
- Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
- Zentralverband Deutsches Baugewerbe
- Zweckverbund Ostdeutscher Bauverbände

In sechs Leitlinien wird diese Vision beschrieben.

1. Die Akteure der Wertschöpfungskette Bau sind Gestalter und Problemlöser

Die Akteure der Wertschöpfungskette sind aktive Problemlöser, die nicht nur Verantwortung für Einzellösungen sondern für komplexe Aufgaben bis hin zum Betreiben von Bauwerken übernehmen. Sie beraten ihre Kunden bei der Gestaltung und Planung der Bauwerke und in Zukunftsthemen, wie Energieeinsparung und altersgerechtes Wohnen, und bieten ihnen maßgeschneiderte und umfassende Leistungen an.

2. Kundenorientierung, Partnerschaft und Fairness sind die Grundlage für die Zusammenarbeit in der Wertschöpfungskette Bau

Die Zukunft des Bauens liegt auch in der Optimierung der Zusammenarbeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Wegen der unterschiedlichen Größe und Komplexität der Bauprojekte und besonderer Kundenwünsche entwickeln sich unterschiedliche Kooperationsmodelle (z.B. Arbeitsgemeinschaften Bauteam oder Partnering) nebeneinander. Grundlage der Zusammenarbeit sind Partnerschaft auf Augenhöhe, Fairness und Sicherung auskömmlicher Preise und Löhne auf allen Stufen der Wertschöpfungskette.

3. Die Qualität von Bauwerken ist über den Lebenszyklus zu bewerten und soll nach wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeitskriterien verbessert werden

Bauqualität bezieht sich auf den gesamten Lebenszyklus eines Bauwerkes und endet nicht mit seiner Fertigstellung. Die anspruchsvollen Nachhaltigkeitsziele und auch die Fähigkeit der Unternehmen, aktiv neue Märkte zu gestalten, sind nur mit einer neuen Qualitätsorientierung erreichbar. Qualität und Preis sind über den Lebenszyklus von Bauwerken betrachtet kein Gegensatz. Der rechtliche Rahmen soll marktkonforme Anreize für eine stärkere Orientierung an Nachhaltigkeit und am Lebenszyklus setzen. Der Staat und auch private Unternehmen sollen eine Vorreiterrolle beim nachhaltigen Bauen mit hoher Produkt- und Gestaltungsqualität übernehmen.

4. Bildung ist der Schlüssel für Qualität, Innovation, Beschäftigungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit

Das Markenzeichen „gute Ausbildung“ soll im Hinblick auf die Entwicklung neuer Technologien, Kooperationsformen und Kundenanforderungen weiter entwickelt werden. Nur mit hoher Qualität der Aus- und Weiterbildung und Aufstiegschancen sowie Beschäftigungsstabilität und attraktiven Arbeitsbedingungen kann auf dem enger werdenden Markt der Schulabgänger Nachwuchs gewonnen werden. Darüber hinaus muss das berufsbegleitende Lernen ausgebaut werden. Die unterschiedlichen Beschäftigungsgruppen müssen dabei auch gemeinsam lernen, um die notwendige Schnittstellenkompetenz weiter zu entwickeln.

5. Die Innovationskraft der Wertschöpfungskette Bau soll gestärkt und Deutschland ein Leitmarkt für innovatives Bauen werden

Zur Erschließung und Gestaltung neuer Märkte müssen die Innovationspotenziale der Wertschöpfungskette Bau mobilisiert werden. Durch Kooperation in der Forschung und Entwicklung aber auch

in der Aus- und Weiterbildung kann die Diffusion neuer Baumaterialien, verfahren und technischer Gebäudeausstattung beschleunigt werden.

6. Legalität und Wertemanagement sind Voraussetzungen für fairen Wettbewerb, Arbeitsplatzsicherheit und nachhaltigen Geschäftserfolg

Die Einhaltung von Werten, wie Gesetzes-treue und Ablehnung illegaler Beschäftigungspraktiken und Schwarzarbeit bei allen Partnern der Bauwirtschaft ist eine zentrale Voraussetzung für fairen Wettbewerb, einen nachhaltigen Geschäftserfolg und eine Sicherung heimischer Arbeitsplätze und Sozialsysteme. Schlüssel zum Erfolg ist ein präventives Risikomanagement in den Unternehmen und eine an Werten wie Ehrlichkeit, Integrität und Vertrauenswürdigkeit orientierte und erlebte Unternehmenskultur.

Städte- und Gemeindebund drängt auf schnellere Breitbandversorgung

(brb).-Im Hinblick auf die sich immer weiter verschärfende Wirtschaftskrise hat der Städte- und Gemeindebund (NSGB) einen zügigen Ausbau der Breitbandversorgung angemahnt. Mit einem schnelleren Internet seien nach Schätzungen von Experten bis zu 250 000 neue Arbeitsplätze in Deutschland zu erwarten. Das wäre auch ein Konjunkturprogramm für die Bauwirtschaft, da rund 75 Prozent der Kosten auf den Tiefbau entfielen, meint der NSGB. Außerdem habe Deutschland Nachholbedarf gerade beim Ausbau der für die notwendige Übertragungsgeschwindigkeit und die zukünftigen Datenmengen wichtiger werdenden Glasfasernetze.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
ISDN (05 11) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise gestattet. Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.